

Dr. Peter Motsch, Sozialreferent  
Sozialreferat der Stadt Würzburg  
Karmelitenstraße 43  
97070 Würzburg  
Tel. (09 31) 37-25 29/-25 28  
Fax (09 31) 37-35 28  
E-Mail: [Sozialre@Stadt.wuerzburg.de](mailto:Sozialre@Stadt.wuerzburg.de)

**Deutscher Bundestag**  
**14. Wahlperiode**  
Enquete-Kommission  
Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements  
– Sekretariat –

11011 Berlin, Platz der Republik 1  
Tel. (0 30) 2 27-3 29 55/3 12 51  
Fax (0 30) 2 27-3 62 76  
E-Mail: [doris.schmitz@bundestag.de](mailto:doris.schmitz@bundestag.de)

## Fragen für die schriftliche Stellungnahme von „Netzwerken“

### 1. Was sind die zentralen Ziele Ihrer Arbeit?

Die Arbeit wird als kommunale Aufgabe verstanden. Im Mittelpunkt steht die zentrale kommunale Informations-, Unterstützungs- und Vernetzungsstelle für Mitarbeit und Selbsthilfe (verkürzt: „Selbsthilfebüro“). Sie ist Teil der kommunalen Verwaltung der Stadt Würzburg. Die zentralen Ziele sind aktive Mitarbeit und die politische Beteiligung der Bürgerschaft an der Lösung sozialer Aufgaben.

Was ist das Innovative am Arbeitsansatz Ihrer Organisation bzw. Einrichtung?

Das Innovative sind die Erarbeitung von Strategien und ihre Umsetzung zur Erreichung der vorbeschriebenen Ziele. Die Philosophie ist: Information – Beteiligung – Mitarbeit – Förderung. Dies führt zur Öffnung der kommunalen Verwaltung zum Bürger hin. Als Leitsatz gilt: der Bürger als Partner.

### 2. Was sind Schwerpunkte Ihrer Arbeit?

Schwerpunkte sind die Aktivierung von Bürgerengagement auf sozialem Gebiete sowie die Gründung und Unterstützung von helfenden Gemeinschaften, vor allem im Bereich der Selbsthilfe.

Woran messen Sie den Erfolg Ihrer Arbeit?

Der Erfolg dieser Arbeit bemisst sich in erster Linie an der Zahl der helfenden Organisationen und Selbsthilfegruppen. Sie sind nachweisbar im Vergleich zu Städten ähnlicher Größenordnungen und Sozialstruktur weit überdurchschnittlich vorhanden.

Geht es vorrangig um Vermittlung und Aktivierung von Freiwilligen? Ist politische Einflussnahme und Mitgestaltung des Politischen auch Anliegen in Ihrer Arbeit?

Die Freiwilligenarbeit und die Mitgestaltung kommunaler Entscheidungsprozesse ist gleichermaßen Inhalt der Arbeit. Wir sehen in der politischen Beteiligung von Vertretern engagierter Gruppierungen sowohl die Chance kompetenter Mitwirkung als auch mit dieser Mitwirkung die Möglichkeit einer Anerkennung des Engagements.

3. Wie würden Sie die Struktur Ihrer Einrichtung im Vergleich zu klassischen ehrenamtlichen Tätigkeits- und Engagementfeldern beschreiben?

Das „Selbsthilfebüro“ ist eine zentrale kommunale Informations-, Unterstützungs- und Vernetzungsstelle für Mitarbeit und Selbsthilfe. Es hat umfassende Informationsaufgaben im Bereich des Bürgerengagements und versteht sich im Rahmen seiner Möglichkeiten als Freiwilligenagentur. Seine Unterstützungsfunktion bezieht sich auf die Gründung engagierter Kreise und ihre zeitlich begrenzte Begleitung. Es bietet fachübergreifende Fortbildung an, z. B. für Öffentlichkeitsarbeit und auf dem Gebiete des „Found-Raising“. Es fördert bzw. entscheidet mit über die Förderung von Freiwilligenarbeit. Innerhalb der Kommunalverwaltung hat es eine Querschnittsfunktion und berät in diesem Rahmen andere kommunale soziale Dienste, wie z. B. das Jugend- und Familieninformationszentrum, die Tagespflegevermittlung, der Pflegekinderdienst, das Büro für Senioren und Menschen mit Behinderung sowie die kommunale Betreuungsstelle nach dem Betreuungsgesetz, in den Fragen bürgerschaftlichen Engagements. Gegenüber professionellen Unterstützungsstrukturen im freien Bereich außerhalb der Stadtverwaltung nimmt es typische Vernetzungsaufgaben wahr.

4. Worin kommt der besondere netzwerkfördernde Charakter zum Ausdruck? Welche Partner, Organisationen und Einrichtungen umfasst das Netzwerk? Wie sind die Kooperation und Vernetzung organisiert?

Das „Selbsthilfebüro“ wird als zentrale Informationseinrichtung von der großen Mehrheit der Würzburger Selbsthilfe- und Freiwilligenorganisationen mit einschlägigen Informationen bedient und auch entsprechend genutzt (Informationsbörse). Das Netzwerk umfasst nahezu alle Organisationen, die Freiwilligenarbeit leisten oder die sich mit Freiwilligenarbeit befassen. (Ausgenommen ist der Jugendring, der eine eigenständige Funktion in diesem Zusammenhang wahrnimmt.) Das Netzwerk kommt vor allem im Bereich der Selbsthilfe in gemeinsamen Arbeitssitzungen zum Tragen, bei denen Jahresprogramme abgestimmt und gemeinsame Themen, besonders für die Fortbildung, festgelegt werden. Zum Netzwerk gehört ein Beirat, der aus max. 15 Personen aus den verschiedensten Bereichen besteht und der sich vor allem auch mit grundsätzlichen Fragen (z. B. der Anerkennung und Förderung von Engagement) und dem Jahresprogramm des „Selbsthilfebüros“ befasst. Weitere Instrumente der Netzwerkarbeit sind die zweimal jährlich erscheinende Selbsthilfezeitung und der sehr umfangreiche Infokatalog für soziales Engagement (siehe Anlagen).

5. Welche Bedeutung haben Ihre und vergleichbare Einrichtungen und Organisation ganz allgemein für die Förderung von bürgerschaftlichem Engagement in der Gesellschaft?

Das „Selbsthilfebüro“ wird stark beansprucht, von interessierten Bürgern ebenso wie von einschlägigen Organisationen und im hohen Maße auch von Professionellen. Die Aufzeichnungen seit 1985 (Gründungsjahr) weisen nach, dass die Arbeit der städtischen Unterstützungsstelle und der im Netzwerk agierenden anderen Stellen das soziale Klima in der Stadt spürbar geprägt und dadurch den Boden für immer weiteres, neues bürgerschaftliches Engagement bis heute bereitet haben.

6. Mit welchen Mitteln und Methoden organisieren Sie Engagementförderung?

Die Mittel sind vor allem Einzel- und Gruppenberatung, die Erarbeitung von Infos aller Art, die Vermittlung von Räumen und anderen organisatorischen Hilfen sowie die Weiterleitung von Spenden- und Sponsorengeldern. Besondere Bedeutung hat Öffentlichkeitsarbeit jeder Art. Die örtlichen Medien (Tageszeitungen, Wochenblätter, Magazine, lokaler Rundfunk und Lokalfern-

sehen) sind als unverzichtbare Mittler in die Engagementförderung intensiv eingebunden.

Inwiefern lassen sich Aussagen darüber treffen, ob der Anspruch der Engagementförderung eingelöst wird?

Die Nutzer der Angebote des „Selbsthilfebüros“ äußern Zufriedenheit, das Büro genießt große Wertschätzung.

7. Wie finanziert sich Ihre Einrichtung? Wie sicher ist die Finanzierung? Welche Planungssicherheit haben Sie?

Als selbstständiger sozialer Dienst der Stadt ist das „Selbsthilfebüro“ finanziell gesichert. Die Stadt Würzburg hat seit einigen Jahren ein strukturell bedingtes jährliches Haushaltsdefizit von ca. 40 Mio. DM. Das „Selbsthilfebüro“ ist jedoch nicht in seinem Bestand gefährdet, weil über alle Gruppierungen im Stadtrat ein Konsens dahingehend besteht, dass eine Haushaltskonsolidierung auf keinen Fall bei der Förderung von bürgerschaftlichem Engagement den Rotstift ansetzen darf. Seit Jahren wächst auch die Unterstützung durch Sponsorengelder und Spenden.

8. Wie gestaltet sich die Zusammenarbeit mit der Kommune? Welche Erfahrungen gibt es hinsichtlich Unterstützung und Kooperation?

Die Antwort erübrigt sich aufgrund des kommunalen Charakters der Einrichtung. Umgekehrt geantwortet: Die Zusammenarbeit mit freien Trägern, die ergänzend zu ihren professionellen Diensten Unterstützungsstrukturen für Freiwilligenarbeit entwickelt haben, ist sehr gut.

9. Inwiefern kann Ihre Arbeit zur Entwicklung einer Anerkennungskultur für bürgerschaftliches Engagement beitragen?

In der Stadt Würzburg hat sich über viele Jahre eine Anerkennungskultur entwickelt. Anerkennung wird praktiziert durch fachliche Beratung, organisatorische Hilfestellung, finanzielle Unterstützung – institutionell (durch ein sehr differenziertes System von Anerkennungszuschüssen) und durch Entschädigung im Einzelfall in schwierigen Arbeitsfeldern (z. B. auch durch Beiträge zur privaten Altersvorsorge) – und nicht zuletzt durch Beteiligung an den kommunalen Entscheidungsprozessen (organisierte Vertretung für Jugend, Familien, Senioren und Menschen mit Behinderung). Auf die beigefügte Darstellung „Alte Sozialstrukturen schwinden, neue entstehen. Neue Wege im Bürgerengagement: 25 Jahre soziales Bürgerengagement in Würzburg“ wird verwiesen.

10. Gibt es Ansätze, auch Qualifizierungsmöglichkeiten für bürgerschaftlich Engagierte stärker miteinander zu vernetzen?

Es gibt nicht nur Ansätze, sondern bereits eine weitgehende Vernetzung von Qualifizierungsmöglichkeiten für bürgerschaftlich Engagierte in Würzburg (siehe auch Nr. 4). Beispielhaft gilt die für Mitte Mai 2001 vorgesehene Gründung eines Forums Besuchsdienste unter der Koordination eines Vereins „HALMA“, der u. a. aus der Stadt Würzburg und den fünf Wohlfahrtsverbänden in der Stadt besteht.

11. Welche Möglichkeiten und Chancen erwachsen aus Ihrer Arbeit für eine stärkere Partizipation der Bürgerinnen und Bürger in ihrem Gemeinwesen?

Die Partizipation führt nicht zwangsläufig zu einer aktiven Mitarbeit von Bürgern bei der Lösung von sozialen Aufgaben. Es gibt aber eine nachweisbare positive Wechselwirkung zwischen Par-

tizipation und aktiver Mitarbeit. Wer aktive Mitarbeit will, darf deshalb auf Partizipation auf keinen Fall verzichten.

12. Wo liegen die Hauptprobleme in Ihrer Arbeit? Was sind zentrale inhaltliche Probleme? Wo liegen strukturelle und organisatorische Schwierigkeiten?

Noch immer sind notwendige professionelle Unterstützungsstrukturen zu wenig vorhanden bzw. zu wenig entwickelt. Professionelle sind immer noch zu sehr hinderlich als förderlich für die Entwicklung einer Freiwilligenkultur. Notwendig sind Absprachen über die Aufteilung von Arbeitsfeldern zwischen Professionellen und Freiwilligen. In der Aus- und Fortbildung sollte der Frage des Umgangs mit Freiwilligen und noch mehr den Kompetenzen für Gewinnung und Begleitung von Freiwilligen Raum gegeben werden. Zur Ausschöpfung bürgerschaftlicher Potentiale ist verstärkt auf die heute veränderte Motivationslage für Freiwilligenarbeit einzugehen.

13. Wie sollte Ihrer Meinung nach eine zukunftsweisende Konzeption der Engagementförderung aussehen?

Notwendig sind mehr und wirksamere Unterstützungsstrukturen für bürgerschaftliches Engagement. Ziel muss sein, dass jede soziale Einrichtung als Qualitätsstrukturmerkmal unterstützende und ergänzende Freiwilligenarbeit vorsieht und mit leistet. Daraus folgt, dass das professionelle Management dieser Einrichtung auch fähig und in der Lage sein muss, Freiwilligenarbeit zu entwickeln.

Hinzu kommen muss eine attraktive Anerkennungskultur, die auch neue Formen finanzieller Anerkennung mit einschließt. Eine solche neue Form ist z. B. ein Beitrag zur privaten Altersvorsorge für ein kompetentes, verbindliches und verlässliches Engagement in einem schwierigen Tätigkeitsfeld.

Welche Rolle schreiben Sie dabei dem Bund und den Ländern zu?

Die Aktivierung und Unterstützung von bürgerschaftlichen Engagement ist in erster Linie eine örtliche Aufgabe. Der Bund hat seine Verantwortung in der Sicherstellung förderlicher Rahmenbedingungen. Zu fordern sind:

- deutliche Anhebung der Steuerfreibeträge für Aufwandsentschädigungen (mindestens 600 DM monatlich, statt bislang 300 DM)
- in gleicher Umfange Sozialversicherungsfreiheit

In diesem Zusammenhang muss überhaupt die Kultur der Selbstständigkeit mehr Platz greifen mit der Anerkennung, dass Engagierte in aller Regel selbstständig tätig sein wollen, und mit der Folge, dass sie deshalb auch als Selbstständige steuerlich und sozialversicherungsrechtlich behandelt werden müssen.

- weitergehende Nichtanrechnung auf Sozialeinkommen, wie z. B. Sozialhilfe, Arbeitslosenhilfe und Arbeitslosengeld (315 DM sind zu wenig)
- Verbesserung der Zuverdienstmöglichkeiten bei Renteneinkommen
- Nichtberücksichtigung bei einkommensabhängigen Leistungen, wie z. B. Wohngeld und Erziehungsgeld

Für die Länder bleibt vor allem die wichtige Aufgabe, die notwendige Infrastruktur sicherzustellen. Gefordert ist vor allem eine Förderung der Unterstützungsstrukturen (wie z. B. für Selbst-

hilfekontaktstellen und Freiwilligenagenturen) durch Personalkostenzuschüsse. Sinnvoll erscheint auch eine aus Landesmitteln gesicherte zentrale Anlauf- und Kontaktstelle für bürgerschaftliches Engagement auf Landesebene, wie sie in Baden-Württemberg bereits geschaffen ist.

Welche innovativen Vorhaben und Entwicklungen sollte der Bund, z. B. in Form von Modellvorhaben fördern?

Vorstellbar sind Projekte zur Weiterentwicklung des Freiwilligen Sozialen Jahres, und zwar in Richtung auf berufs- und familienbegleitende Teilzeiteinsätze und über den Jugendbereich hinaus. Interessant wären auch Testläufe, wie sich die vorbeschriebenen, veränderten Rahmenbedingungen (Steuer- und Sozialversicherungsfreiheit etc.) auf die Bereitschaft für bürgerschaftliches Engagement auswirken.

Würzburg, 2001-04-27

Dr. Peter Motsch  
rechtsk. berufsm. Stadtrat